

Das reicht nie und nimmer!

Hattersheim kritisiert die Vorschläge des FFR

"Das war kein guter Tag für Hattersheim", erklärt Bürgermeisterin Antje Köster im Hinblick auf die Vorschläge zur Verteilung von finanziellen Hilfen zum Schallschutz, die das Forum Flughafen und Region (FFR) bei der Landesregierung eingereicht hat. Lediglich 19 Gebäude mit 16 Haushalten in Eddersheim würden danach als Hochbetroffene anerkannt und Geld für passive Schallschutzmaßnahmen erhalten. Wenn die Landesregierung diese Vorschläge in Richtlinien bzw. im Gesetz zur Einrichtung eines Regionalfonds umsetzt, werden weitere wütende Proteste aus der Bevölkerung nicht ausbleiben, ist sich Köster sicher.

Schon bei der Anhörung zum Gesetzesentwurf im Landtag Anfang Juni 2012 hatte Hattersheim gemeinsam mit den Kommunen der Mainschiene die Summen, mit denen der Fonds ausgestattet werden soll, kritisiert. Zugleich hatte die Stadt davor gewarnt, dass Erwartungen bei der Bevölkerung geweckt würden, die der Fonds niemals erfüllen könnte. "Nach wie vor sind wir der Ansicht, dass es wegen der niedrigen Überflughöhen einen deutlich weitergehenden Schutz vor Fluglärm insbesondere für den Ortsteil Eddersheim am Tage geben muss", so Köster.

Eine erste Durchsicht des Vorschlags des Forums Flughafen und Region hat ergeben, dass es offenkundig

Presse-Information

völlig unberücksichtigt geblieben ist, dass Bevölkerungsteile in Eddersheim das gesamte Jahr dem Fluglärm ausgesetzt sind. Je nach Wetterlage und Betriebsrichtung gibt es entweder Abflüge oder Anflüge, welche Eddersheim tangieren. Auch ist es zu kritisieren, dass offenkundig den Roll- und Bodenlärmbelastungen der Okrifteler kein Raum bei der Bemessung von Fördermitteln eingeräumt wird.

Die Hattersheimer Bürgermeisterin kündigt an: "Wir werden erneut unseren Protest dagegen schriftlich bei der Hessischen Landesregierung vorbringen. Der Vorschlag für Kriterien zur Vergabe von Fördermitteln aus dem Regionalfonds wurde vom FFR der Hessischen Landesregierung übergeben. Insoweit ist die Landesregierung auch der Ansprechpartner für unsere berechtigte Kritik an dem Kriterienkatalog und wird aufgefordert, hier in erheblichem Maße nachzubessern – im Interesse der Bevölkerung unserer Stadt."

